



# Antragsbuch

36. ordentlicher Landesparteitag der  
FDP Thüringen

30.11.2019

Apolda

<b>NR</b>	<b>ANTRAGSSTELLER</b>	<b>ANTRAGSINHALT</b>
001	KV Jena-Saale-Holzland	Streichung des Datums Geschlecht aus der Mitgliederdatenbank
002	KV Erfurt, Jan Siegemund	Wahlkämpfe effizienter, chancengleicher und nachhaltiger gestalten – A1-Straßenplakatierung neu regeln
003	KV Erfurt	(Natürliche) Holzgerüche in Innenräumen? VOC-Anlage in Landesbauordnung außer Kraft setzen. Ein Gold-Plating Problem.
004	Philip Riegel, Kathrin Kössel, Christian Schiffner, Enrico Schaarschmidt, Marco Thiele	Junglehrer – gesucht und gefunden
005	Junge Liberale (JuLis) Thüringen	Kein Unterschied zwischen Schiene und Straße
006	Junge Liberale (JuLis) Thüringen, Philip Riegel, Christopher Hubrich	Medienkonzentration – auch in der digitalen Welt

**Antragsinhalt: Streichung des Datums Geschlecht aus der Mitgliederdatenbank**

**Antragsteller: KV Jena – Saale – Holzland**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Landesgeschäftsstelle wird aufgefordert, alle geschlechtsbezogenen Daten aus der  
2 Mitgliederdatenbank zu streichen.

3

4 **Begründung:**

5 Nach DSGVO sind alle Organisationen, die personenbezogene Daten verarbeiten, dazu  
6 angehalten nur diejenigen personenbezogenen Daten zu erheben und zu speichern, welche  
7 für die Ausübung ihrer Tätigkeit erforderlich ist. Die Parteiarbeit der Freien Demokraten  
8 erfordert das Speichern der Information über die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht nicht.  
9 Daher ist es ratsam diese Daten gar nicht erst zu erheben und zu speichern. Das Prinzip der  
10 Datensparsamkeit wird mit diesem Antrag unterstützt.

11 Seit 2019 können Personen in Deutschland als Geschlecht, „divers“ angeben. Diesen  
12 Umstand in der Mitgliederdatenbank abzubilden bedeutet Programmieraufwand, der mit  
13 hohen Kosten für den Landesverband verbunden ist, die wir im Landtagswahlkampf besser  
14 einsetzen können.

15 Inter- und Transpersonen, die bisher noch nicht die nötigen Nachweise für eine Änderung  
16 des Geschlechtseintrags beim Standesamt erbracht haben, zwingen wir nicht, sich falsch zu  
17 zuordnen und räumen somit ein unnötiges Hindernis bei der Neumitgliedergewinnung aus  
18 dem Weg.

19

20 Weitere Begründung erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

# 36. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 30. November 2019 in Apolda

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR.002

**Antragsinhalt: Wahlkämpfe effizienter, chancengleicher und nachhaltiger gestalten  
– A1-Straßenplakatierung neu regeln**

**Antragsteller: KV Erfurt, Jan Siegemund**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten Thüringen sprechen uns dafür aus, im Dialog mit den Kommunen ent-  
2 sprechende landesrechtliche Vorgaben zu erarbeiten, welche die Straßenplakatierung mit  
3 Wahlkampfplakaten im A1-Format fortan wie folgt regeln:

- 4 • Eine Plakatierung mit A1-Plakaten ist in zukünftigen Wahlkämpfen nur noch auf spe-  
5 ziell dafür bereitgestellten Wahlinformationswänden erlaubt, auf welchen jede zur  
6 entsprechenden Wahl zugelassene Partei (bzw. bei Personenwahlen jede zugelassene  
7 Bewerberin und jeder zugelassene Bewerber) jeweils ein Plakat anbringen darf.
- 8 • Die leeren Wahlinformationswände werden durch die Kommunen bereitgestellt, die  
9 entsprechende Bestückung erfolgt anschließend durch die Parteien bzw. die Bewer-  
10 berinnen und Bewerber. Die Anzahl der in einem bestimmten Ort aufzustellenden In-  
11 formationswände bemisst sich dabei an der jeweiligen Bevölkerungszahl (z.B. eine  
12 Wahlinformationswand je 1.000 Einwohner), wobei ein genauer und landesweit gül-  
13 tiger Schlüssel jedoch erst noch zu finden ist. Dabei ist unabhängig davon sicherzu-  
14 stellen, dass in jedem Stadtteil und in jeder Gemeinde mindestens eine Informati-  
15 onswand aufgestellt werden darf.
- 16 • Die Standorte für die Wahlinformationswände sind so auszuwählen, dass eine mög-  
17 lichst hohe Sichtbarkeit bei den Wählerinnen und Wählern zu erwarten ist. Über die  
18 genauen Standorte der Informationswände entscheidet gemäß des Subsidiaritäts-  
19 prinzip nach einem Vorschlag der Kommunalverwaltung der jeweils zuständige  
20 Stadt- oder Gemeinderat.
- 21 • Eine wie bisher praktizierte Wahlkampfplakatierung mit A1-Plakaten, bei welcher die  
22 Parteien größtenteils eigenständig über Menge und Standorte entschieden, ist somit  
23 zukünftig nicht mehr möglich.

## 24 **Begründung:**

25 a) Effizienz

26 Die Wahlkampfplakatierung stellt unseren Landesverband sowie unsere Kreisverbände re-  
27 gelmäßig vor enorme Herausforderungen: Neben den finanziellen Kosten, welche etwa für  
28 Druck und Transport der Plakate entstehen, bindet die Plakatierung vor allem personelle  
29 Kapazitäten unserer wahlkämpfenden Mitglieder, was sich insbesondere bei mehreren  
30 Wahlkämpfen innerhalb eines Jahres auch negativ auf deren Motivation auswirken kann.  
31 Durch obige Regelungen können wir unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer von rein

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**36. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 30. November 2019 in Apolda**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR.002

**Antragsinhalt:           Wahlkämpfe effizienter, chancengleicher und nachhaltiger gestalten  
                              – A1-Straßenplakatierung neu regeln**

**Antragsteller: KV Erfurt, Jan Siegemund**

Der Landesparteitag möge beschließen:

32   handwerklichen Tätigkeiten entlasten und ihre Energie und Kraft verstärkt für die inhaltliche  
33   Arbeit und Überzeugung potentieller Wählerinnen und Wähler einsetzen.

34   b) Chancengleichheit

35   Die bisherigen Regelungen unterstützen die Tatsache, dass eine Sichtbarkeit von Themen  
36   und Kandidaten einer Partei im Wahlkampf maßgeblich vom Wahlkampfbudget dieser Partei  
37   abhängt, wodurch Parteien mit kleineren Budgets systematisch Nachteile entstehen. Weite-  
38   re Benachteiligung besteht für diese Parteien in der Regel aufgrund der durch unterschiedli-  
39   che Mitgliederstärken bedingten Kraftressourcen, welche sie für die Wahlkampfplakatierung  
40   aufbringen können. Auch hierbei gilt, dass bestimmte strukturelle Parameter einer Partei  
41   (wie z.B. deren Mitgliederstärke) nicht in einem so hohen Maße über die Sichtbarkeit der  
42   jeweiligen Partei im Wahlkampf auf Straßen, öffentlichen Plätzen und in Wohngebieten ent-  
43   scheiden sollten.

44   c) Nachhaltigkeit

45   In Zeiten, in denen zur Bekämpfung des Klimawandels u.a. der Reduktion von Kunststoffmüll  
46   ein hoher Stellenwert auf der politischen Agenda zukommt, wirkt es für viele Bürgerinnen  
47   und Bürger befremdlich, dass die Thüringer Parteien pro Wahlkampf hunderttausende Pla-  
48   kate anfertigen lassen, um für ihre Themen und Kandidaten zu werben. Um diese Bedenken  
49   ernst zu nehmen und von politischer Seite einen kleinen Beitrag zur Reduktion von Kunst-  
50   stoffmüll zu leisten, sind obige Regelungen ein sinnvoller und notwendiger Schritt.

51   Weitere Begründung erfolgt mündlich.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: (Natürliche) Holzgerüche in Innenräumen? VOC-Anlage in Landesbauordnung außer Kraft setzen. Ein Gold-Plating Problem.

Antragsteller: KV Erfurt

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 1. Eine sofortige außer Vollzugsetzung der VOC-Grenzwerte für alle gewachsenen
- 2 und verklebten Hölzer in der Verwaltungsvorschrift des Thüringer Ministeriums
- 3 für Infrastruktur und Landwirtschaft zur Einführung Technischer Baubestimmun-
- 4 gen (ThürVVTB)
- 5 2. Thüringen muss sich in der Bauministerkonferenz aktiv für eine deutschlandweite Ab-
- 6 schaffung dieser Regelung in der MVV TB einsetzen.
- 7 3. Sofern sich die Länder nicht auf eine dauerhafte Abschaffung verständigen können,
- 8 ist die Regelung solange außer Vollzug zu setzen, bis klare erfüllbare Mess- und Ver-
- 9 fahrensregeln gefunden sind.

10

11 **Begründung:**

12 Was wie eine Petitesse aus Anlage 3, Anhang 8 Unterpunkt 2.2.1. anmutet ist in Wirklichkeit

13 eine existenzielle Frage für den Holzbau und Teile der Holzwerkstoffindustrie. Es setzt Planer

14 und Bauunternehmen unkalkulierbaren Haftungs- und Klagerisiken aus. Werden Grenzwerte

15 überschritten, dann liegt ein Mangel am (neu erstellten) Bauwerk vor.

16 Dennoch warnen bereits Fertighaushersteller vor dem Einsatz von Kiefer (die normalerweise

17 in OSB enthalten ist). Es wird überlegt ob Bauvorhaben noch als Holzbau ausgeführt werden

18 soll oder man Bauweisen mit höherem Betoneinsatz wählt. Es gibt großindustrielle Werke,

19 die nun Pappel statt Kiefer in ihrem Platten einsetzen.

20 (bau)chemischer Hintergrund

21 VOC sind – volatile organic compounds – flüchtige organische Verbindungen. Das großes

22 Spektrum an chemischen Verbindungen, die künstlich oder natürlich (nVOC) vorkommen. In

23 der Innenraumluft können die Verbindungen – also alles was riecht – aus verschiedenen

24 Quellen entstehen. Aus der Inneneinrichtung, ebenso wie aus Baustoffen.

25 Die Messwerte, die nun in der Landesbauordnung versteckt sind beziehen sich auf ein Pro-

26 dukt. In der Praxis sind sie jedoch konkret von der Einbausituation abhängig. Wie viel wel-

27 chen Materials wird wie (verkleidet/nicht verkleidet pro cbm umbauten Raum eingesetzt).

28 Eine Gefahr für die Gesundheit besteht nach aller Forschung nicht.

29 Regulatorischer Hintergrund

30 Das Thema VOC wird auf europ. Ebene seit Jahren diskutiert. Keine Lösung in Sicht. Daher

31 soll ein deutscher Sonderweg begangen werden.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**Antragsinhalt: (Natürliche) Holzgerüche in Innenräumen? VOC-Anlage in Landesbauordnung außer Kraft setzen. Ein Gold-Plating Problem.**

**Antragsteller: KV Erfurt**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 32 Der EuGH hat Deutschland 2014 untersagt weitreichendere als die europ. Regeln für Gebäu-  
33 de und damit Bauprodukte zu erlassen. Damit hatte das eigentlich bedeutende DIBt (Deut-  
34 sches Institut für Bautechnik) ein Problem. Nun versucht man diese Vorgabe des EuGH zu  
35 umgehen indem man eine „MVV TB (2017), der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische  
36 Baubestimmungen“ herausgibt, die jedes Bundesland einzeln in seiner Landesbauordnung  
37 verankern muss. Eben darin ist definiert an welche Bauprodukte Anforderungen hinsichtlich  
38 Emissionen von VOC gestellt werden – darunter Holzwerkstoffe.  
39 12 Bundesländer, auch Thüringen, haben dies bisher getan.  
40 Es gibt erhebliche Unsicherheiten bzgl. Messungen und Verfahren. OSB jedenfalls werden  
41 die Werte aufgrund ihres Kiefernholzanteils (nicht wegen des Leims!) nicht unterschreiten. In  
42 zwei Bundesländern hat die Industrie geklagt. In Baden Württemberg im Eilverfahren gewon-  
43 nen, in Sachsen im verloren. Das Gericht hat damit die Regelung im Südwesten per sofort  
44 außer Vollzug gesetzt. Die Hauptverfahren sind noch nicht entschieden.  
45 Klimaschutzaspekte  
46 Holzbau ist unter Maßgabe der CO2-Einsparungen dem Bauen mit Beton weit überlegen.  
47 Außerdem haben wir aufgrund der Kalamitäten im Forst extreme Mengen Schadholz, wel-  
48 ches schwer zu vermarkten ist. Das betrifft die Fichte, aber auch die Kiefer. Ein Einsatz als  
49 Industrieholz (f. Plattenwerkstoffe) ist in jedem Fall möglich. Die im Umkreis der gr. OSB  
50 Werke Kiefern-schadholzmengen nicht zu nutzen, nur weil es einen nichteinhaltenbaren Wert  
51 gibt, für den es keine wissenschaftliche Begründung gibt, kann man nicht vermitteln. Verar-  
52 beitete Holzprodukte speichern CO2 langfristig.  
53  
54 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**Antragsinhalt:** Junglehrer – gesucht und gefunden.

**Antragsteller:** Philip Riegel, Kathrin Kössel, Christian Schiffner, Enrico Schaarschmidt,  
Marco Thiele

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Thüringen fordern gesetzliche Regelungen zu schaffen, die es
- 2 Lehramtsstudierenden während des Studiums erlauben, nach einer bestimmten Praxiszeit,
- 3 z.B. dem Praxissemester, parallel als Vertretungslehrer an Thüringer Schulen unterrichten zu
- 4 können.
- 5
- 6 **Begründung:**
- 7 erfolgt mündlich.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

36. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 30. November 2019 in Apolda

---

Seite 1

ANTRAG-NR.005

---

**Antragsinhalt:Kein Unterschied zwischen Schiene und Straße**

**Antragsteller: Junge Liberale (JuLis) Thüringen**

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Thüringen setzen sich für die Streichung des §42a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) ein und fordern, dass in steuerlicher Hinsicht auch für Fernbusse, analog
- 2 zur Deutschen Bahn, die verminderte MwSt. von 7% veranschlagt wird.
- 3
- 4

- 5 **Begründung:**
- 6 erfolgt mündlich.

\*\*\*\*\*

angenommen:  
abgelehnt:  
überwiesen:

**Antragsinhalt:Medienkonzentration – auch in der digitalen Welt**

**Antragsteller: Junge Liberale (JuLis) Thüringen, Philip Riegel, Christopher Hubrich**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Medienkonzentration – auch in der digitalen Welt**

2

3 Die Freien Demokraten Thüringen regen an, das Medienkonzentrationsgesetz zu novellieren  
4 und auch digitale Streaming-Angebote, wie zum Beispiel Netflix, Amazon Prime oder  
5 Maxdome, in die Überwachung der Medienkonzentration einzubeziehen und dafür zu sor-  
6 gen, dass in der digitalen Welt starke Cross- und monomediale Akteure verhindert werden,  
7 um auch zukünftig die breite und vielfältige Medienlandschaft zu erhalten.

8

9 **Begründung:**

10 Demokratie braucht die Vielfalt von Meinungen und von Ansichten. Damit die notwendige  
11 Pluralität gesichert werden kann, ist es von Nöten, die Konzentration auf einige wenige Me-  
12 dienunternehmen zu verhindern. Damit dieser Schutz der Pluralität von Meinungen gesi-  
13 chert werden kann, wird im Rahmen des Medienkonzentrationsgesetzes unter der Obhut  
14 der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) die Fusion von  
15 Medien stringent überprüft.

16 Dieses Gesetz wurde zuletzt 1997 verändert. Dabei konnten die massiven Veränderungen  
17 durch die Digitalisierung nicht vorhergesehen werden. Damit ist das aktuelle Medienkon-  
18 zentrationsgesetz nicht in der Lage, auf die aktuelle Entwicklung einzugehen und zu reagie-  
19 ren.

20

21 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: